

„Wahlkampfspenden“ für die Nazis im Februar 1933 Hitler trifft Gustav Krupp und andere Repräsentanten der Industrie am 20. Februar 1933

Autor: Reiner Zilkenat

Der 20. Februar 1933 ist ein denkwürdiger Tag. Gegen 18 Uhr versammeln sich im Palais des Reichstagspräsidenten Hermann Göring am Spreeufer (heute: Friedrich-Ebert-Platz) mehr als 20 Herren, die als Abgesandte der deutschen Industrie vom Hausherrn zu einem Treffen mit Adolf Hitler eingeladen wurden. Sie sind froh, dass sie den Schutz der Dunkelheit genießen können, denn das demnächst in diesem Gebäude beginnende Treffen soll in strikter Vertraulichkeit durchgeführt werden.

Die politische Situation in Deutschland hat sich in den vergangenen drei Wochen in dramatischer Weise gewandelt. Seit dem 30. Januar ist der „Führer“ der NSDAP Adolf Hitler Hausherr in der Reichskanzlei. Mit Wilhelm Frick und Hermann Göring sind zwei weitere Nazis vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zu Reichsministern ernannt worden. Seitdem können sich die braunen Machthaber der Institutionen und Instrumentarien staatlicher Repression bedienen, um ihre politischen Gegner zu verfolgen, denn Frick und Göring amtieren als Innenminister im Reich bzw. in Preußen. Die als Politische Polizei operierenden „Abteilungen IA“ in den Polizeipräsidien, die in Preußen Hermann Göring unmittelbar unterstellt sind, dienen bereits der systematischen Verfolgung der Hitlergegner, vor allem von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern. Dabei können sie sich – wie auch die am 26. April 1933 gegründete „Geheime Staatspolizei“ (Gestapo) – ihrer mit großem Aufwand und mit Akribie zusammengetragenen Dossiers, einschließlich nicht weniger Spitzelberichte, bedienen. Sie waren in den Jahren der Weimarer Republik besonders zu den Aktivitäten der KPD und der mit ihr verbundenen Organisationen (u.a. Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition, Rote Hilfe, Kommunistischer Jugendverband Deutschlands) angelegt worden. Viele Funktionäre und Abgeordnete der Arbeiterparteien halten sich mittlerweile versteckt oder fliehen ins Ausland, um der Verhaftung zu entgehen. Keller in SA-Heimen und – lokalen werden in Gefängnisse und Folterstätten umgewandelt. SA und SS üben seit den ersten Stunden der Existenz des faschistischen Regimes ungezügelt Gewaltakte gegen die verhassten Arbeiterparteien und ihre Funktionäre aus. Am 22. Februar werden sie, ebenso wie die Angehörigen des Stahlhelms-Bund der Frontsoldaten, in Preußen offiziell zu „Hilfspolizisten“ ernannt. Somit ist der von ihnen ausgeübte Terror nunmehr legalisiert. Die Worte Adolf Hitlers, bereits in einer Ansprache vom 28. Februar 1926 vor Industriellen und Bankiers im „Hamburger Nationalklub von 1919“ formuliert, werden blutige Realität:

„Die Aufgabe meiner Bewegung ist sehr eng umschrieben: die Zertrümmerung und Vernichtung der marxistischen Weltanschauung.(...) Einer bleibt dann am Boden liegen, entweder der Marxismus rottet uns aus oder wir rotten ihn aus bis zur letzten Spur.“¹ Zeitgleich wächst die Zahl antisemitischer Übergriffe in erschreckender Weise. Dabei wird auch vor Morden nicht zurückgeschreckt. Erst drei Tage vor der denkwürdigen Zusammenkunft im Reichstagspräsidentenpalais hatte Hermann Göring in einem Erlass zur „Förderung der nationalen Bewegung“ bestimmt:

„Gegen kommunistische Terrorakte und Überfälle ist mit aller Strenge vorzugehen und, wenn nötig, rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen. Polizeibeamte, die in Ausübung ihrer Pflichten von der Schusswaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schusswaffengebrauchs von mir gedeckt.“² Kurzum: Binnen kürzester Zeit haben die Faschisten damit begonnen, was sie in den Jahren der Weimarer Republik angekündigt hatten: „Wir Nationalsozialisten werden, falls wir die Macht haben, innerhalb von 24 Stunden mit dem roten Mordgesindel aufräumen.“³ So formulierte es der neu

¹ Hitler. Reden – Schriften – Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. I, hrsg. u. kommentiert von Clemens Vollnhals, München u.a. 1992, S. 318ff.

² Zitiert nach: Wolfgang Ruge u. Wolfgang Schumann, Hrsg.: Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935, Berlin-DDR 1975, S.26.

³ Völkischer Beobachter, Nr. 275, 2.10.1931.

berufene Reichsminister des Innern, Wilhelm Frick, bereits im September 1931 in öffentlicher Rede.

Der Terror der Faschisten spielt sich in aller Öffentlichkeit ab, auch vor den Augen der „Eliten“ in Justiz und Verwaltung, in der Reichswehr, an den Universitäten und in den Kirchen. Den Herren der Industrie und der Banken dürfte ebenfalls nicht verborgen bleiben, mit welchen brutalen Mitteln die Nazis ihre noch ungefestigte Macht konsolidieren und ausbauen. Öffentliche Bekundungen des Widerspruchs, ganz zu schweigen von Handlungen, die als „Opposition“ oder „Widerstand“ interpretiert werden könnten, sind bei ihnen nicht anzutreffen. Im Gegenteil. In diesen Kreisen herrscht die Anschauung vor: „Wo gehobelt wird, da fallen Späne!“ Es dominieren eine offen zur Schau gestellte Zustimmung bzw. die „klammheimliche Freude“ angesichts der ersten Handlungen des faschistischen Regimes.

Krupp und andere „Gäste“

Wer sind nun die auf äußerste Verschwiegenheit bedachten Herren, die sich im Palais des Reichstagspräsidenten eingefunden haben?

An erster Stelle zu nennen ist Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der seit dem 15. September 1931 amtierende Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI). Es handelt sich um denjenigen Verband, der mit den Worten des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Theodor Neubauer, „das Gremium der wirklichen Beherrscher Deutschlands“⁴ darstellt. Er hat sich auf ein Gespräch mit Hitler eingehend vorbereitet und zu diesem Zwecke einige „Merkzettel“ mitgebracht. Daneben seien Günther Quandt, Georg von Schnitzler, Karl Brandi, Fritz Springorum und Friedrich Flick als Teilnehmer der illustren Runde genannt.

Quandt und seine Familie gehören bereits seit 1931 zur Entourage Hitlers in dessen Berliner Quartier, dem noblen Hotel „Kaiserhof“. Man tafelt miteinander, führt lange Gespräche, unternimmt Ausflüge, vermittelt Kontakte in die „Berliner Gesellschaft“ und lässt schließlich Sohn Herbert als „jüngstes Mitglied der Hitlerjugend“ beim „Führer“ der NSDAP Meldung erstatten. Günther Quandt, Großaktionär bei Daimler-Benz, den Mauserwerken und der Varta AG, übt zugleich zahlreiche Aufsichtsratsmandate aus, darunter bei der Deutschen Bank und der AEG.

Georg von Schnitzler gehört dem Vorstand der IG-Farben an, des weltweit größten Chemie-Konzerns. Hier wird er „der Verkäufer“ genannt, weil sein Verantwortungsbereich in der erfolgreichen Vermarktung der Produkte des Unternehmens besteht. Die IG-Farben haben bereits im Vorjahr intensive Kontakte zu Hitler gepflegt, der vor allem für die Förderung der synthetischen Benzinherstellung im Falle seiner Kanzlerschaft gewonnen werden konnte: eine, wie man damals dachte, überaus wichtige kriegswirtschaftliche Voraussetzung für die Durchführung der geplanten Aggressionen des faschistischen Regimes. Dass von Schnitzler verwandt mit Kurt Freiherr von Schröder ist, einem umtriebigen Privatbankier aus Köln, der eine wichtige Rolle bei der Machtübertragung an die Nazis spielte und ebenfalls zu den ins Reichspräsidentenpalais Geladenen gehört, sei nur am Rande erwähnt.⁵

Ernst Brandi zählt zu den einflussreichsten „Kohle- und Stahlbaronen“ von Rhein und Ruhr. Der aus kleinbürgerlichen Verhältnissen zum Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke, des zweitgrößten schwerindustriellen Unternehmens der Welt, aufgestiegene Top-Manager, ist zugleich Präsidiumsmitglied des RDI und Vorsitzender des „Bergbau-Vereins“. Dieser industrielle Interessenverband versorgte großzügig vor allem die deutschnationalen Bündnispartner Hitlers und die ihnen nahestehenden Zeitungen in der Weimarer Republik mit Bargeld. Brandi, der im Oktober 1931 am Treffen der so genannten Harzburger Front der politischen Rechten (u.a. NSDAP, SA, Der Stahlhelm-

⁴ Verhandlungen des Deutschen Reichstags, Bd. 426, 4. Wahlperiode, 1928/30, Sitzung v. 13.12.1929, S.3544B.

⁵ Siehe Reiner Zilkenat: Der Gefreite beim Bankier. Weichenstellung zur Kanzlerschaft Hitlers, in: junge welt, Nr. 3, 4.1.2013, S.10/11. Zum Gesamtzusammenhang, mit entsprechenden Belegen: derselbe: Das deutsche Großkapital, der „Keppler-Kreis“ und die NSDAP. Eine unentbehrliche Vorgeschichte des 30. Januar 1933, hrsg. von der VVN-BdA Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 2013 (stark gekürzte Fassung, in: Rundbrief, Heft 3-4/2012, S.4ff.).

Bund der Frontsoldaten, Deutschnationale Volkspartei, Alldeutscher Verband) teilgenommen hatte, schwankt in seinen politischen Überzeugungen, wie viele andere seiner „Standesgenossen“, zwischen den Deutschnationalen und der NSDAP. Immerhin formuliert er in einem Brief an den Chefredakteur der vom „Bergbau-Verein“ kontrollierten „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Fritz Klein am 6. Februar 1933, einer der politisch meinungsbildenden Gazetten: „Ich darf daran erinnern, dass ich im Laufe des vergangenen Sommers bei jeder Besprechung(...)von mir aus sehr stark die unvermeidliche Notwendigkeit betont habe, dass man die nationalsozialistische Bewegung wohlwollend und wachsend positiv beurteilt und dass die Kanzlerschaft Hitlers der einzige Ausweg bedeute.“⁶

Fritz Springorum, Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG, gehört zur „Ruhrlade“, einem seit 1928 geheim tagenden, nur aus zwölf Männern bestehenden Ausschuss der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, der u.a. bürgerliche Parteien und Zeitungen finanziert sowie gemeinsame Vorgehensweisen im Falle von Tarifverhandlungen und Streiks sowie politische Forderungen gegenüber der Reichsregierung koordiniert. Am 21. November 1932 hatte Springorum den Staatssekretär des Reichspräsidentenamtes Otto Meißner wissen lassen, dass er die zwei Tage zuvor überreichte Eingabe von Industriellen an Hindenburg, in der die Ernennung Hitlers zum Regierungschef gefordert worden war, zwar nicht unterschrieben habe, er ungeachtet dessen „voll und ganz auf dem Boden der Eingabe“⁷ stehe.

Beschließen wir den Reigen mit Friedrich Flick, der in der Weimarer Republik zu einem der bedeutendsten Industriellen aufgestiegen war. Mit zum Teil ebenso riskanten wie skrupellosen Aktien- und Finanztransaktionen ist er zu einem der beherrschenden Eigentümer der Vereinigten Stahlwerke aufgestiegen. Daneben nimmt er zahlreiche Aufsichtsratsmandate wahr, so u.a. als Vorsitzender des Aufsichtsrates bei den Mitteldeutschen Stahlwerken, als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei der Gelsenkirchener Bergwerks AG, dem größten Unternehmen im deutschen Steinkohlenbergbau, sowie bei der Dresdner Bank und der AEG. Von der SPD bis zur NSDAP erhielten im Übrigen die wählerstarken Parteien während der Weimarer Republik, selbstverständlich mit Ausnahme der KPD, immer wieder „Spenden“ aus dem Hause Flick übermittelt.⁸ Auch einzelne Persönlichkeiten, wie z.B. der damalige Reichswehrminister und spätere Reichskanzler Kurt von Schleicher, der am 12. März 1932 100.000 Reichsmark ausgehändigt bekam, wurden begünstigt. Damit stellte Flick gewissermaßen sicher, dass er, ungeachtet der jeweiligen Wahlergebnisse und Regierungskonstellationen, immer mitregieren konnte.

„...die andere Seite zu Boden werfen...“

Zurück zur Szenerie am Abend des 20. Februar 1933 im Reichstagspräsidentenpalais. Die versammelte „Elite“ der deutschen Industriellen, zu denen sich auch die Vorstandsvorsitzenden der Allianz-Versicherungen Dr. Kurt Schmitt – er wird am 29. Juni 1933 zum Reichswirtschaftsminister berufen werden – und der Vereinigten Stahlwerke Albert Vögler gesellt haben, wartet gespannt auf das Erscheinen Hitlers. Doch der lässt auf sich warten. Erst mit einer Viertelstunde Verspätung kann die Veranstaltung, an der neben Hitler und Göring auch der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP Dr. Walther Funk teilnimmt⁹, endlich beginnen. Funk ist ehemaliger Chefredakteur der „Berliner Börsen-Zeitung“ und gilt als Garant dafür, dass sich authentische Aussagen und Beschlüsse der Nazi-Partei zu wirtschafts- und finanzpolitischen Themen ausschließlich an

⁶ Zitiert nach: Werner Abelshäuser: Ruhrkohle und Politik. Ernst Brandt 1875-1937. Eine Biographie, Essen 2009, S.75f.

⁷ Zitiert nach: Eberhard Czichon: Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, 2. Aufl., Köln 1971, S.72.

⁸ Siehe hierzu die interessante Aufstellung bei Kim Christian Priemel: Flick. Eine Konzerngeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, 2. Aufl., Göttingen 2008, S.241.

⁹ Walther Funk erhielt finanzielle Zuwendungen u.a. von Friedrich Flick, dem „Bergbau-Verein“, den IG Farben, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Vereinigten Stahlwerke AG Fritz Thyssen und von der „Ruhrlade“. Siehe hierzu Thomas Trumpp: Zur Finanzierung der NSDAP durch die deutsche Großindustrie. Versuch einer Bilanz, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 32. Jg., 1981, H.4, S.229.

den Interessen der Monopolbourgeoisie orientieren. Nachdem Hitler mit einem Händedruck alle Anwesenden persönlich begrüßt hat, beginnt gegen 18:30 Uhr seine mit Spannung erwartete Rede.

Er vermeidet die Darlegung von Details seiner künftigen Wirtschaftspolitik. Hitlers Ausführungen legen allerdings unmissverständlich dar, dass im „Dritten Reich“ der Faschisten das Privateigentum und das Erbrecht staatlichen Schutz genießen und die organisierte Arbeiterbewegung, ja die bürgerlich-parlamentarische Demokratie insgesamt, binnen kurzem zerschlagen werden sollen.

Unter anderem führt Hitler zur Freude der versammelten Konzernherren aus:

„Privatwirtschaft im Zeitalter der Demokratie ist nicht aufrecht zu erhalten. Sie ist nur denkbar, wenn das Volk eine tragende Idee von Autorität und Persönlichkeit besitzt. Alles, was in der Welt an Positivem, an Gutem und Wertvollen auf dem Gebiet der Wirtschaft und Kultur geschaffen worden ist, beruht ganz allein auf der Bedeutung der Persönlichkeit. Wird die Verteidigung des Geschaffenen aber einer Majorität überantwortet, so geht es rettungslos unter. Alle Lebensgüter, die wir besitzen, verdanken wir dem Kampf von Auserlesenen(...) Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, dass ein Teil des Volkes sich zum Privateigentum bekennt, während ein anderer Teil das Privateigentum ableugnet. Solch ein Kampf zerreißt das Volk. Man ringt so lange gegeneinander, bis ein Teil Sieger bleibt (...). Für die Wirtschaft habe ich nur einen Wunsch, dass sie parallel mit dem inneren Aufbau einer ruhigen Zukunft entgegengeht.“¹⁰

Wer mit welchen Mitteln im „Dritten Reich“ der Faschisten siegreich sein werde und wodurch die „ruhige Zukunft“ der Wirtschaft gewährleistet werden könne, formuliert Hitler in aller Deutlichkeit: „Wir müssen erst die ganzen Machtmittel in die Hand bekommen, wenn wir die andere Seite zu Boden werfen wollen. So lange man an Kraft zunimmt, soll man den Kampf gegen den Gegner nicht aufnehmen. Erst wenn man weiß, dass man auf dem Höhepunkt der Macht angelangt ist, soll man zuschlagen.“

Am Ende seiner Ausführungen kommt Hitler auf die bevorstehenden Reichstagswahlen am 5. März zu sprechen. Seine Bemerkungen zu diesem Thema lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Wir stehen jetzt vor der letzten Wahl. Sie mag ausfallen wie sie will, einen Rückfall gibt es nicht mehr, auch wenn die kommende Wahl keine Entscheidung bringt. So oder so, wenn die Wahl nicht entscheidet, muss die Entscheidung eben auf einem anderen Wege fallen.“

Zu den außenpolitischen Zielen seiner Kanzlerschaft schweigt sich Hitler weitgehend aus; diese Thematik hatte er bereits am 3. Februar 1933 vor den Befehlshabern der Reichswehr behandelt und dabei von der möglichen „Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtsloser Germanisierung“¹¹ gesprochen. Heute wiederholt er seine schon oft gehörten Anschauungen von der Notwendigkeit eines „wehrhaften Volkes“; nur eine „wehrhafte Nation“ sei imstande, über eine „blühende Wirtschaft“ zu verfügen.

Nachdem Hitler seine etwa eineinhalbstündige Rede im Reichstagspräsidentenpalais beendet hat, spricht ihm Gustav Krupp seinen Dank dafür aus, „ein so klares Bild des Aufbaus seiner Gedankenwelt“ vermittelt zu haben. Alle Anwesenden, so der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, seien überzeugt davon, dass „nur in einem politisch starken, unabhängigen Staate Wirtschaft und Gewerbe zur Entwicklung und zur Blüte kommen“ könnten. Hitler verlässt daran anschließend das Reichstagspräsidentenpalais in großer Eile. Doch jetzt erst beginnt der interessanteste Teil des Abends: Denn Hermann Göring und Hjalmar Schacht bitten um Kasse für den unmittelbar bevorstehenden Wahlkampf!

¹⁰ Diese und die folgenden Zitate aus den Reden Hitlers, Görings, Krupps und Schachts, in: Internationaler Militärgerichtshof, Bd. XXV, Dok. D-203, S.42ff.

¹¹ Zitiert nach: Wolfgang Ruge u. Wolfgang Schumann, Hrsg.: Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935, S.24.

„...die letzte Wahl in 100 Jahren...“

Da die Kassen der NSDAP, SA und der SS leer seien, so Göring, könne eine starke Wahlpropaganda nicht realisiert werden. Es ginge aber schließlich darum, „dass mit der bevorstehenden letzten Wahl auch die Chance zur Aufrechterhaltung der Freiheit der Wirtschaft gegeben“ sei. Da Gelder aus öffentlichen Kassen nicht zur Verfügung stünden, müssten Mittel aus anderer Quelle genutzt werden. Schließlich seien die bevorstehenden Reichstagswahlen am 5. März „die letzten innerhalb von 10 Jahren, voraussichtlich in 100 Jahren“.

Um die Taschen der versammelten Konzernherren möglichst weit zu öffnen, nimmt jetzt Hjalmar Schacht – am 17. März 1933 wird er von Hitler zum Reichsbankpräsidenten ernannt werden – das Wort. Er hatte maßgeblich die notwendigen Kontakte der NSDAP und Hitlers zur „ersten Garnitur“ der deutschen Großbourgeoisie vermittelt, die schon erwähnte Industrielleneingabe an Reichspräsident von Hindenburg redigiert und sich bereits seit 1931 immer stärker auf die NSDAP als Regierungspartei und Hitler als potenziellen Reichskanzler orientiert.

Ebenso wie Ernst Brandt hatte er an der Tagung der „Harzburger Front“ teilgenommen und dort eine internationales Aufsehen erregende Ansprache gehalten.¹² Schacht genießt auf der politischen Rechten, aber auch in denjenigen Kreisen des Bürgertums, die nicht bzw. nur mit gewissen Vorbehalten mit dem Faschismus sympathisieren, große Autorität. Seine Karriere in der Privatwirtschaft hatte er in der Direktion bzw. als Mitglied des Vorstandes bei der Dresdner Bank bzw. bei der Darmstädter und Nationalbank absolviert. Ende 1923 hatte Schacht als Reichswährungskommissar und von Dezember 1923 bis zum März 1930 als Präsident der Reichsbank die Hyperinflation überwinden helfen und – so wird es kolportiert – die relative Stabilisierung der Ökonomie in der Mitte der zwanziger Jahre währungspolitisch abgesichert. Er gilt deshalb als ausgewiesener Fachmann in Sachen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sein auch öffentliches Eintreten für die faschistische Partei und die Kanzlerschaft Adolf Hitlers spielt eine außerordentlich bedeutende Rolle für die Akzeptanz des Faschismus und ihres „Führers“ in größeren Teilen des Bürgertums und auf der politischen Rechten insgesamt.

Schacht spricht am Abend des 20. Februar 1933 Klartext. Ohne Umschweife erklärt er, dass eine Summe in Höhe von 3 Millionen Reichsmark vonnöten sei, um einen angemessenen Wahlkampf zu führen. 75 Prozent des Geldes werde die NSDAP erhalten, die restlichen 25 Prozent stünden dem von der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und dem Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten gebildeten „Kampfblock Schwarz-Weiß-Rot“ unter der Führung des seit dem 30. Januar 1933 als Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister amtierenden Vorsitzenden der DNVP Alfred Hugenberg zur Verfügung.

Und die deutschen Konzerne öffnen bereitwillig ihre Kassen. Einige der Herren sagen sofort die Zahlung der von Schacht auf die einzelnen Firmen bzw. Branchen aufgeschlüsselten Beträge zu. Andere geben ihre Zustimmung, nachdem sie sich bei ihren Vorstandskollegen rückversichert haben. Wer leistet wie viel? Zum Beispiel zahlen die IG-Farben mit 400.000 Mark den mit Abstand größten Beitrag eines einzelnen Unternehmens. Die Deutsche Bank ist mit 200.000 Mark gleichfalls sehr spendabel. Die Steinkohlen- und Eisenindustrie im Westen erzielt mit einer Umlage bei ihren Unternehmen eine Million Reichsmark. Auch Telefunken (ein Gemeinschaftsunternehmen von AEG und Siemens-Halske, die jeweils fünfzig Prozent der Anteile halten), die AEG und sogar die Organisatoren der Berliner Automobilausstellung lassen sich mit einer Zahlung in Höhe von 100.000 Mark nicht lumpen.

Die insgesamt 3 Millionen Reichsmark landen auf einem von Hjalmar Schacht verwalteten Konto, genannt „Nationale Treuhand“, der die einkommenden Gelder weiterleitet.

¹² Siehe den Wortlaut der Rede, in der Schacht der Brüning-Regierung vorwarf, den kurz bevorstehenden Staatsbankrott Deutschlands betrieben zu haben: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, hrsg. von Herbert Michaelis u. Ernst Schraepfer, 8. Bd., Berlin o.J., S.367 ff. Die Aussagen Schachts sorgten vor allem in den Gläubigerstaaten Deutschlands, in erster Linie in den USA, für erhebliche Unruhe.

„Jetzt drehen wir auf Höchsttoure!“

Bereits am Abend des 20. Februar notiert Joseph Goebbels, der offenbar sofort von der „Spendenaktion“ der deutschen Industrie informierte „Wahlkampfleiter“ und Berliner Gauleiter der NSDAP, in sein Tagebuch: „Wir treiben für die Wahl eine ganz große Summe auf, die uns mit einem Schlage aller Geldsorgen enthebt. Ich alarmiere gleich den Propagandaapparat und eine Stunde später schon knattern die Rotationsmaschinen. Jetzt werden wir auf Höchsttoure drehen.“¹³

Allerdings entsprechen die Wahlergebnisse vom 5. März 1933 nicht ganz den Erwartungen der deutschen Faschisten. Immer noch erzielen die KPD und die SPD annähernd 12 Millionen Wählerstimmen (KPD ca. 4,5 Mio., SPD ca. 7,2 Mio.). In Berlin liegen die beiden Arbeiterparteien sogar mit ca. 570.000 zu ca. 514.000 der abgegebenen Stimmen gegenüber Nazis und Deutschnationalen klar in Front (KPD 383.000, SPD 186.000 Stimmen; NSDAP 398.000, DNVP 116.000 Stimmen). Doch mehr noch als die mit drei Millionen Reichsmark finanzierte Propaganda der Nazis und Deutschnationalen tragen der im gesamten Reichsgebiet gegen die Arbeiterparteien gerichtete Terror dazu bei, dass von „freien“ Wahlen nicht die Rede sein kann. Und dennoch: Die deutsche Industrie leistet durch ihre Finanzierung des Wahlkampfes einen wesentlich Beitrag, dass NSDAP und DNVP mit 341 Mandaten gegenüber 302 Mandaten der beiden Arbeiterparteien, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Staatspartei, der Bayerischen Volkspartei und anderer kleiner Parteien einen deutlichen Erfolg erringen können.

Im Übrigen: Mit dem Terror gegen die Kandidaten und Funktionäre der KPD und SPD, mit den zahlreichen Verbotsmaßnahmen gegen ihre Versammlungen und Wahlmaterialien, haben die Herren der Industrie, die sich am 20. Februar 1933 in Berlin versammeln, offenbar keinerlei Probleme. Denn die neue faschistische Regierung ist auf dem Weg, alles das zu erfüllen, was in der Weimarer Republik nicht oder nur ohne letzte Konsequenz durchzusetzen war: Die Beseitigung der nur widerstrebend akzeptierten bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, die bereits von den seit 1930 amtierenden Präsidialkabinetten unter den Reichskanzlern Heinrich Brüning, Franz von Papen und Kurt von Schleicher in Teilbereichen faktisch außer Kraft gesetzt worden war; die endgültige und kompromisslose Ausschaltung der Organisationen der Arbeiterbewegung; die Wiederherstellung der „Herr-im-Hause“-Realität in Kontor und Fabrik; schließlich die Perspektive eines zweiten „Griffs nach der Weltmacht.“ Gustav Krupp von Bohlen und Halbach formuliert es zusammenfassend in einem Schreiben an Adolf Hitler vom 24. März 1933:

„Durch die Wahlen ist die Grundlage für ein stabiles Regierungs-Fundament geschaffen und es sind damit die Störungen beseitigt, die sich aus den ständigen politischen Schwankungen der Vergangenheit ergeben und die wirtschaftliche Initiative stark gelähmt haben.(...) Die deutsche Industrie, die sich als einen wichtigen und unentbehrlichen Faktor für den nationalen Aufbau betrachtet, ist bereit, an dieser Aufgabe tatkräftig mitzuwirken, und der Reichsverband der Deutschen Industrie wird alles tun, um der Reichsregierung bei ihrem schweren Werke zu helfen.“¹⁴

Die Geschichte der Verbrechen der deutschen Wirtschaft, so darf man schlussfolgern, begannen nicht erst mit der kriegswirtschaftlichen Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges, der „Arisierung“ jüdischen Eigentums und der Organisierung der Zwangsarbeit, sondern mit ihrer unverzichtbaren Rolle bei der Installierung und der frühen materiellen wie politischen Unterstützung des faschistischen Regimes vor und nach dem 30. Januar 1933. Das Treffen im Reichstagspräsidentenpalais spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

¹³ Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil I, Bd. 2, München 1987, S.380.

¹⁴ Zitiert nach: Wolfgang Ruge u. Wolfgang Schumann, Hrsg.: Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935, S.36.